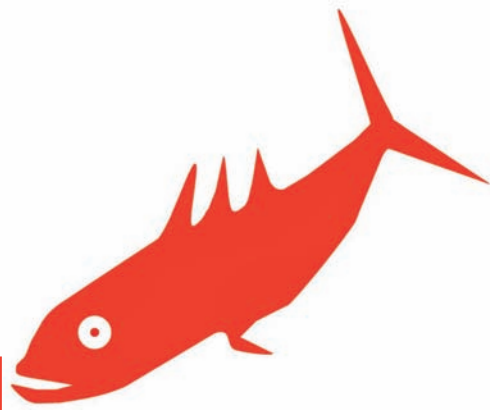


# Der rote Stichling



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,  
auch der Rote Stichling steht natürlich in dieser Ausgabe im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl. Da wollen wir schon deutlich machen, worum es der SPD und ihrem Bundestagskandidaten Reinhard Strehlke geht. Und Helmut Kees, unser Ortsvorsitzender, ein ausgewiesener Steuerfachmann, bringt es mit seinen Beiträgen zur Steuerflucht und zum Mindestlohn auf den Punkt. Damit möchten wir dazu beitragen, dass Sie sich eine Meinung bilden und am 27. September wählen gehen.

Bayerns Schulpolitik am Beispiel der Lindauer Hauptschulen – auch die neueste Reform ist wieder der alte Wein in neuen Schläuchen. Hier kommt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu Wort.

Überhaupt, die Politiker vor Ort kommen nicht zu kurz. Wir stellen unseren neuen Stadtrat Uli Gebhard vor und dann einen Teil des reichen Zita-tenschatzes, den uns die gegenwärtige Stadtratsmehrheit in der Endlos-diskussion über die Tagungshalle geliefert hat.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Ihr Hermann Dorf Müller (Stellv. Vorsitzender der SPD Lindau)

## Inhalt

Editorial.....	1
Plädoyer für einen gesetzlichen Mindestlohn .....	1
Oli Kahn und Uli Hoeneß – die neuen Retter der Hauptschule .....	2
Auf kein Talent verzichten .....	4
Sydney ade – Seidl oje! .....	5
Fragen an den SPD-Bundestags- kandidaten Reinhard Strehlke ...	6
CSU – Anwalt der Steuerbürger? .....	8
Fundsachen .....	8
Die SPD will ... ..	8

Das Impressum finden Sie auf Seite 3.

## Plädoyer für einen gesetzlichen Mindestlohn

Von Helmut Kees

6,5 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland erhalten nach einer Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) einen geringen Lohn – das ist mehr als jeder Fünfte aller Beschäftigten.

Die Zahl der Niedriglohn-Beschäftigten ist seit 1995 um 2,1 Millionen gestiegen. Ihr Stundenlohn liegt unterhalb der Schwelle von 9,62 Euro in West- und 7,18 Euro in Ostdeutschland. Das ist die wissenschaftlich anerkannte Niedriglohngrenze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Die Untersuchung bezieht sich auf alle abhängig Beschäftigten einschließlich sozialversicherungspflichti-

ger Teilzeitarbeiter und Minijobber. Schüler, Studenten und Rentner werden nicht berücksichtigt.

Auch ein Vollzeitjob schützt nicht vor niedrigen Stundenlöhnen. Fast ein Viertel verdient trotz voller Arbeitszeit weniger als fünf Euro pro Stunde und beinahe die Hälfte aller Vollzeitbeschäftigten arbeitet für weniger als sieben Euro.

In keinem westeuropäischen Industriestaat hat sich der Niedriglohn-Bereich so rasch und umfassend vergrößert wie in Deutschland.

„Wohlstand für alle ...“, wie Ludwig Erhard einst gefordert hat, gilt nur noch für 80% der Deutschen. In einem

Wildwest-Kapitalismus hat sich die Lohnspirale immer weiter nach unten entwickelt, so dass sogar gut ausgebildete Vollzeitbeschäftigte auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Die Versuchung für Unternehmen ist groß, zu Dumpinglöhnen einzustellen und den anderen Teil vom Staat finanzieren zu lassen.

Die Europäische Sozialcharta spricht von einem „Recht auf ein angemessenes Arbeitsentgelt“.

Nötig ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, wie ihn die SPD seit Jahren fordert. Für drei

Millionen Beschäftigte konnte gegen den erbitterten Widerstand der Union in mehreren Branchen dieser Anspruch durchgesetzt werden. Selbst viele Unternehmen müssen sich zunehmend einer Konkurrenz mit Dumpinglöhnen erwehren und schließen sich der Forderung an.

Löhne, die den Lebensstandard von ausgebildeten Arbeitnehmern nicht gewährleisten, haben mit Anstand nichts zu tun. Sie nähren Zweifel an unserer Wirtschaftsform und der Demokratie. Deshalb müssen sie aus unserem Land verschwinden.

## Oli Kahn und Uli Hoeneß – die neuen Retter der Hauptschule?

Von Irene Mathias, GEW Kreisverband Lindau

Beim letzten Treffen in diesem Schuljahr beschäftigten sich die Mitglieder des GEW-Kreisverbands Lindau mit der neuesten ‚Luftblase‘ aus dem Kultusministerium. Die Mittelschule soll es richten. In einer publicityträchtigen Veranstaltung stellte Kultusminister Spaenle die neue Bayerische Mittelschule in der Allianz-Arena in München vor. Welch ein passender Ort!

Mit dieser zweiten Hauptschul-Reform in zwei Jahren soll nun die Hauptschule gerettet werden. Mittelschule soll sie jetzt heißen und mehr Schüler zum mittleren Abschluss führen. Kollegen des Mittlere-Reife-Zuges fragen sich allerdings, was sie seit 1999 eigentlich im M-Zweig der Hauptschule unterrichtet und geprüft haben?

Gleichzeitig mit Einführung der neuen Mittelschule wird der Übertritt an Realschule und Gymnasium stärker vom Elternwillen abhängen und das bei dramatisch zurückgehenden Schülerzahlen. So sieht es nur auf den ersten Blick gut aus, wenn die auf der Hauptschule ankommenden Schüler in der 5. und 6. Klasse in Deutsch, Mathematik und Englisch intensiv gefördert werden. Bleibt nur zu hoffen, dass die 65 im Schuljahr 2010/2011 extra geschaffenen Lehrerstellen in ganz Bayern dafür genügen. Geplant ist, dass Kinder nach der 6. Klasse (ca. 12 Jahre

alt) sich bereits festlegen müssen, welchen berufsorientierenden Zweig sie besuchen wollen (Wirtschaft-Technik-Soziales). Wenn man sich aber überlegt, dass oft noch Abiturienten ein zusätzliches Jahr benötigen, um sich beruflich zu orientieren, dann scheint uns die frühe Auslese sehr vermessen. Gleichzeitig bleibt der Druck, den Einstieg in den Mittlere-Reife-Zug zu schaffen und den mittleren Abschluss ansteuern zu können. Dient das dem Motto „Stark im Wissen“, das eines der drei Schlagworte bei der Präsentation in der Allianz-Arena war?

„Stark für den Beruf“ - all das, was unter diesem Schlagwort aufgeführt wird, kennen wir schon lange. Berufsorientierung stärken, mehr mit der Wirtschaft kooperieren, mehrtägige Betriebserkundungen, Praktika und Übungsfirmen, auch das nichts wirklich Neues. Dafür haben wir im Übrigen im Jahre 2005 beim Wettbewerb „Lernende Region Lernsee“ als Auszeichnung das Berufswahl-Siegel für beispielhafte berufliche Orientierung unserer Schüler bekommen.

### Rap zum Schulanfang

Von Hermann Dorfmueller

**Fünftklässlerin:** Ich, du,  
wer ist hier eigentlich Müllers Kuh?  
Wenn du nicht gleich kapiert  
und den Anschluss verlierst,  
dann geht die Türe zu.

**Fünftklässler:** Ich, du,  
wir sind Müllers Kuh.  
Wir ham's nicht gerafft  
und deshalb nicht geschafft  
und jetzt woll'n wir unsre Ruh!

**beide** Ich, du,  
sind wir wirklich Müllers Kuh?  
Wenn wir alle gemeinsam lernen,  
uns nicht von einander entfernen,  
dann gehen Türen auf

**Fünftklässlerin:** – und nicht zu!

Vier Betriebspraktika sind in unserem Landkreis seit Jahren die Regel, die Kooperation mit der Wirtschaft läuft auf verschiedenen Ebenen. So gibt es bei uns den Arbeitskreis Schule-Wirtschaft, den AK ÜSB (Übergang-Schule-Beruf), aus dem sich in Koopera-



Rektor Ulrich Kapfer mit Kolleginnen und dem Berufswahl-Siegel, verliehen durch die Lernsee-Region Bodensee

tion mit der Stadt Lindau, der Kreisjugendpflege, der Kreishandwerkerschaft und der Arbeitsagentur das BOA-Projekt (Berufsorientierung aktiv) entwickelt hat. Außerdem führt die Firma Dornier seit Jahren spezielle Projekte mit den Lindauer Hauptschulen durch.

„Stark als Person“ - das dritte Schlagwort soll mit einem Komplett-Angebot ausgefüllt werden. Dazu braucht man ab der 7. Jahrgangsstufe Schüler für eine Praxisklasse, einen M-Zug, ein Ganztagesangebot (offen oder gebunden) und Regelklassen für die drei berufsorientierenden Zweige Wirtschaft, Technik und Soziales. Vieles von dem können wir in Lindau bereits bieten, z. B. Ganztagsangebot, Schulsozialarbeit und Klassen mit spezifischen Schwerpunkten (P-M-Klassen). Wenn sich die Schülerzahlen bei uns aber wie bisher weiterentwickeln, wären die Kriterien für die neue Mittelschule nur schwer zu erfüllen; es bliebe alles beim Alten. Das bedeutet, die Lindauer Hauptschulen blieben als Hauptschulen bestehen und die Regierung würde ihnen auch im Schulverbund nicht die neue Schulbezeichnung verleihen.

Nichts als alter Wein in neuen Schläuchen! Wenn der Kultusminister wirklich Schüler und Lehrer der Hauptschule stärken will, dann würden alte, aber einfache Rezepte helfen:

- eine deutliche Reduzierung der Klassenstärke (jetzt werden Klassen mit 30 Schülern geteilt; eine Schülerzahl von 20 wäre richtig!)
- eine spätere „Sortierung bzw. Auslese“, um den Kindern mehr Chancen zu geben länger gemeinsam zu lernen und
- mehr Autonomie der Schulleitungen, um ihr Schulprofil umzusetzen.

Dazu gehören auch genügend Sekretärinnen, Sozialarbeiter und Fachleute wie Schulpsychologen, auf die man schnell zurückgreifen kann. Eine Einbeziehung der Leute vor Ort bei der Gestaltung der äußeren Arbeitsbedingungen (Räume, Pausenhof...) würde Arbeitsabläufe vereinfachen und Ressourcen nutzen, die überall vorhanden sind.

Doch von demokratischer Gestaltung, einer ruhigen Entwicklung, die ausprobiert, was sinnvoll und möglich ist, ist wenig in Sicht. Immer wieder sieht es danach aus, als ob Schulpolitik in Parteizirkeln und Seilschaften gemacht werden würde. Anschließend wird dem Personal die Umsetzung der dort entwickelten tollen Ideen angeordnet. Besondere Freude macht es dann, wenn man aus der Lokalzeitung erfährt, was geplant ist. Schade! So stärkt man die Hauptschule – oder gar Wirtschaftsschule – nicht.

## Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein Lindau  
Schachener Str. 125, 88131 Lindau  
[www.spd-lindau.de](http://www.spd-lindau.de)  
Hans-Jörg Boschner  
V. i. S. d. P.  
Redaktionsteam: Hans-Jörg Boschner, Hermann Dorfmueller,  
Ursula Heuß, Helmut Kees, Markus Kick,  
Norbert Kolz, Barbara Krämer-Kubas,  
Hans-Günther Winkler  
Fotos: Private Fotos der Redaktion  
Satz und Layout: Markus Kick  
Druck: Druckerei Kleb, Wangen-Haslach

**SPD**

Ortsverein Lindau

## Mitmachen - bewegen - gestalten

Machen Sie mit in der SPD.  
Werden Sie jetzt Mitglied.

Engagieren Sie sich für ein I(i)ebenswertes Lindau.  
Infos unter 08382 260944 oder im Internet unter  
[www.spd-lindau.de](http://www.spd-lindau.de)

# Auf kein Talent verzichten

Der Rote Stichling war dieses Mal bei SPD-Stadtrat Uli Gebhard zu Gast und hat ihn u. a. zur Inselhalle, zur bayerischen Schulpolitik, zur städtischen Verwaltung und zu persönlichen Vorbildern befragt.

**Roter Stichling: Herr Gebhard, mit welchen Themen beschäftigen Sie sich im Stadtrat jetzt nach der Sommerpause?**

Uli Gebhard: Nun, einige Themen sind nicht neu. Da ist wirklich langer Atem gefragt, aber als Marathonläufer komme ich damit ganz gut zurecht. Die Parksituation auf der Insel ist so ein Dauerbrenner. Die SPD hat deshalb ein Parkkonzept gefordert, das uns auch für den Oktober 2009 zugesagt wurde. Schlussendlich müssen alle Verantwortlichen Farbe bekennen, was ihnen diejenigen wert sind, die auf der Insel leben und arbeiten. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir mit Anwohnerparkplätzen, mit Kurzzeitparkplätzen und einem Parkleitsystem endlich vernünftige Rahmenbedingungen für Anwohner und Besucher hinkommen. Auf Dauer kommen wir wohl um ein Parkdeck bei der Inselhalle nicht herum, wenn wir den Inselkern möglichst frei halten wollen.

**Roter Stichling: Wofür setzen Sie sich sonst noch ein?**

Uli Gebhard: Als Lehrer für Sport und Biologie und später als Leiter eines Fortbildungszentrums liegt mir natürlich das Thema Bildung am Herzen. In Lindau diskutieren wir ja zurzeit vor allem über die Zukunft unserer Hauptschulen. Im Lindauer Bildungsforum, das am 21. September wieder zusammenkommt, suchen wir nach gangbaren Wegen, um die Abwanderung unserer Hauptschüler zu stoppen. Eine schwierige Aufgabe für eine regionale Initiative, denn die Weichen bei der Schulpolitik werden in München gestellt.

**Roter Stichling: Können wir da vor Ort überhaupt etwas bewegen?**

Uli Gebhard: Ja, obwohl es nicht einfach ist und die Staatsregierung vorerst weiter am veralteten, dreigliedrigen Schulsystem mit dem furchtbaren Übertrittsdruck nach der 4. Klasse festhält. Wenn wir unseren Hauptschüler ein wirklich attraktives Angebot machen wollen, müssen wir uns möglichst eng an den Bedürfnissen und Wünschen der betroffenen Eltern und Schüler orientieren.

**Roter Stichling: Was wollen die Eltern denn?**

Uli Gebhard: Die wollen einfach einen guten Schulabschluss für alle Schüler und eine individuelle Förderung von Anfang an, möglichst wohnortnah und ohne frühe Aufteilung. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass wir die Lernvoraussetzungen unserer Hauptschüler berücksichtigen; nur so erreichen wir mehr Chancengleichheit. Ob diese Einrichtung dann Mittelschule, Gelenkschule, Wirtschaftsschule oder weiterhin Hauptschule heißt, ist eigentlich nebensächlich. Und für die Ausstattung der Schulen, für Ganztags-



SPD-Stadtrat  
Uli Gebhard

gesbetreuung und Schulsozialarbeit, für Projekte und Schülerfirmen sind wir schließlich selber verantwortlich. Die alten Forderungen der SPD sind für mich nach wie vor hochaktuell: „Keiner darf verloren gehen“ und „wir können auf kein Talent verzichten“.

**Roter Stichling: Vor der Sommerpause hat der Stadtrat die Sanierung und Erweiterung der Inselhalle beschlossen. Was halten Sie von diesem Beschluss?**

Uli Gebhard: Ich freue mich aufrichtig. Endlich haben wir eine vernünftige Lösung, die uns als Tagungsstandort voranbringt. Es ist genau die Lösung, die wir von Anfang an favorisiert haben. Ich will nicht nachtrocknen, aber der Stadtratsbeschluss vom März über fünf Millionen war für mich überhaupt nicht nachvollziehbar. Das war weder Fisch noch Fleisch. Von Anfang an war doch klar, dass fünf Millionen nie und nimmer für eine Sanierung und eine notwendige Erweiterung reichen. Im Gegensatz zur Bunten Liste bin ich außerdem froh und dankbar über die vielen Bürger, die sich hier aktiv eingebracht haben. Für mich ist es ein Paradebeispiel für gelebte Demokratie. Das Beispiel der Gruppe „Peliko“, deren Entwurf zur Grundlage der Planung wurde, zeigt, dass sich bürgerschaftliches Engagement lohnt. So etwas macht Mut für zukünftige Aufgaben.

**Roter Stichling: Wie beurteilen Sie unsere Verwaltung?**

Uli Gebhard: Grundsätzlich ist unsere Verwaltung sehr gut aufgestellt. Gerade weil es sich um kompetente und motivierte Mitarbeiter handelt, ist die Verwaltung in der Lage neue Aufgaben zu übernehmen. Ich denke da beispielsweise an die gut funktionierenden Regie- und Eigenbetriebe, die sehr wirtschaftlich arbeiten. Auf

diese Weise spart die Stadt Lindau auch eine Menge Geld. Was ich vermisse und da gehe ich von meiner Erfahrung als Führungskraft eines Dienstleistungsunternehmens aus, ist ein effizientes Controlling mit entsprechenden Kennzahlen. Vor allem im technischen Bereich, im Baubereich, brauchen wir dies dringend. Im Einzelnen kann die Verwaltung auch von modernen Managementmethoden der Wirtschaft profitieren.

**Roter Stichling: Können Sie uns da ein praktisches Beispiel nennen?**

Uli Gebhard: Ja. Mit der Einführung des Papiermanagements und des Cashflow-Managements habe ich selber sehr gute Erfahrungen gemacht. Da sind deutliche Einsparmöglichkeiten. Natürlich muss man dies im Einzelfall sorgfältig prüfen. Zugegeben, solche Neuerungen sind auch nicht einfach einzuführen. Die

betroffenen Mitarbeiter sind erstmal skeptisch. Nur das Argument, eine Verwaltung sei halt nicht mit einem Wirtschaftsbetrieb vergleichbar, kann ich so nicht akzeptieren.

**Roter Stichling: Herr Gebhard, zum Schluss noch eine ganz andere Frage. Welchen Politiker schätzen Sie besonders?**

Uli Gebhard: Peer Steinbrück. Er ist kantig, gradus und nennt die Dinge beim Namen. Diese stromlinienförmigen Wischiwaschi-Typen finde ich grässlich. Und dass Peer Steinbrück die Steueroasen direkt angesprochen hat, rechne ich ihm hoch an. Da geht es schließlich nicht um Peanuts, sondern um zig-Milliarden, die dem Staat verloren gehen und für Bildung und soziale Aufgaben fehlen. Steuerbetrug ist für mich kein Kavaliersdelikt.

## Sydney ade – Seidl oje!

Von Markus Kick

Wie man Dinge schön redet, die man selbst verbockt hat, stellte Lindaus Oberbürgermeisterin Petra Meier to Bernd-Seidl wieder einmal anschaulich unter Beweis. Ausgerechnet in Sachen Inselhalle sprach sie von einer fast gelungenen „*Quadratur des Kreises*“ (LZ vom 07.07.2009) und lobte sich damit für die Lösung einer aus ihrer Sicht unlösbaren Aufgabe. Was Seidl dabei anscheinend völlig übersehen hat: Das Problem hatten sie und ihre Gefolgsleute – oder sollte man besser sagen: CSU/FB und ihre Gefolgsfrau Seidl – selbst verursacht!

Um es deutlich zu sagen: Es geht hier nicht darum, die nun in Aussicht stehende Lösung in Sachen Tagungshalle schlecht zu reden – im Gegenteil, denn schließlich waren seitens der SPD die jetzt auf dem Tisch liegenden Vorschläge von Anfang an favorisiert worden! (siehe Kasten „SPD-Sicht“) Zwei Dinge müssen aber an dieser Stelle doch einmal deutlich und kritisch zur Sprache gebracht werden: das zögerliche und ungeschickte Agieren der Oberbürgermeisterin und die dreiste Doppelmoral der CSU.

Zunächst zu Frau Seidl und ihren leitenden Angestellten in der Verwaltung: Nach unserer Auffassung müssen eine Verwaltungschefin und ihre Ressortleiter die einschlägigen Richtlinien, Verordnungen und Gesetzestexte kennen. Dies gehört zu ihren vordersten und damit selbstverständlichen Pflichten, Aufgaben und Fähigkeiten. Ganz in diesem Sinne verkündete Seidl in der LZ vom 15.12.2007 zur Finanzierungsfrage: „*Ich habe noch keine ideale Lösung. Aber wir haben kluge Köpfe bei uns in der Verwaltung und den Tochterunternehmen. Mit den Kollegen bin ich dabei, Lösungsansätze zu konzipieren.*“ Vorlegen wollte sie diese im ersten Halbjahr 2008.

Was dann allerdings herauskam, war mehr als bescheiden. „*Zuschüsse (...) sind weder aus Brüssel noch aus Berlin oder München zu erwarten (...)*“ verlautete es gleich zu Beginn aus berufenem Expertenmunde (Stadtkämmerer Lau in der LZ vom 06.12.2007). Später war dann von Grundstücksverkäufen und sogar von Steuererhöhungen zu Finanzierungszwecken die Rede. Nachdem inzwischen mehr als eineinhalb Jahre vergangen waren, zauberte Seidl im Juli „*(...) ein Programm zur Wirtschaftsförderung (...), aus dem es Geld für die Sanierung von Kongresszentren gibt*“, aus dem Hut und fügte in diesem Kontext hinzu, dass „*bisher (...) alle Ansprechpartner stets behauptet [hatten], für Tagungshallen gebe es keine staatlichen Zuschüsse*“ (LZ vom 07.07.2009).

## SPD-Sicht

Die Vertreter der SPD stellten bereits im Juli 2007 den Antrag, mit der Tagungshalle auf jeden Fall am Kleinen See zu bleiben. Die besseren Argumente hatten sie schon damals.

- Eine Sanierung bedeutet einen deutlich geringeren Kostenrahmen und damit geringere neue Belastungen für die Stadt Lindau.
- Die Kredite für die „alte“ Inselhalle sind noch gar nicht getilgt.
- Bei einem Bauvorhaben am Bahnhof macht sich Lindau abhängig vom Wohlwollen der Bahn AG.
- Völlig unklar war immer, wann der Baubeginn am Bahnhof sein könnte, da die benötigten Grundstücke nicht Eigentum der Stadt Lindau sind und ein Baubeginn darüber hinaus von einer Verlegung des Bahnhofs abhängig ist.
- Das tagungsbedingte Verkehrsaufkommen kann bei einer Lage am Kleinen See deutlich früher abgefangen werden.

Der Antrag wurde seinerzeit von Oberbürgermeisterin Petra Seidl und ihrer Mehrheit im Stadtrat abgelehnt.

(Lesen Sie weiter auf Seite 7.)

# Fragen an den SPD-Bundestagskandidaten Reinhard Strehlke

**Roter Stichling: Herr Strehlke, Sie kandidieren bereits zum zweiten Mal für den Deutschen Bundestag. Was ist Ihre Motivation?**

Reinhard Strehlke: Ich wurde von unseren Parteigremien angesprochen, ob ich mir vorstellen könne nochmal zu kandidieren. Es war dann für mich selbstverständlich, diesem Wunsch nachzukommen. Ich bin absolut davon überzeugt, dass die SPD in den jetzt schwierigen wirtschaftlichen Zeiten weiterhin Verantwortung tragen muss, um zu verhindern, dass Sozialleistungsabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten wieder Mittel der Politik werden. Deshalb will ich mich hier einbringen

**Roter Stichling: Was werden Ihre Schwerpunkte bei der Arbeit in Berlin sein?**

Reinhard Strehlke: Als Teamleiter für Markt und Integration der Arbeitsgemeinschaft Grundsicherung für Arbeitssuchende des Landkreises Oberallgäu bin ich mitverantwortlich für die Betreuung und Eingliederung von Arbeitslosengeld II Empfängern in den Arbeitsmarkt. Bei dieser Tätigkeit bin ich täglich mit den Auswirkungen der Wirtschaftspolitik, der jetzigen Krise, aber auch der Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik konfrontiert.

Ich möchte meine berufliche Erfahrungen einbringen. Dies bedeutet konkret, dass ich mich für eine vernetzte, vorausschauende Sozial- und Bildungspolitik einsetzen will.

**Roter Stichling: Können Sie ein Beispiel nennen?**

Reinhard Strehlke: Alle reden davon, wie wichtig Bildungspolitik ist. Gleichzeitig werden Grund- und Hauptschulen im ganzen Bundestagswahlkreis geschlossen. Der Grundsatz, „kurze Beine, Kurze Wege“ gilt nicht mehr für die Kleinen. Und weniger Schüler bedeutet bei uns nicht kleinere Klassen, sondern weniger Schulen.

Immer noch verlassen rund 10 Prozent der Schüler die Schule ohne Schulabschluss. Mit viel finanziellem Aufwand wird dann später, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, versucht, den „Schaden“ zu reparieren.

Die Arge Oberallgäu organisiert mit der Oberallgäuer Volkshochschule einen Lehrgang für Jugendliche ohne Schulabschluss, um ihnen doch noch zu einem Abschluss zu verhelfen. Etliche Teilnehmer hatten durch mangelnde Erfolgserlebnisse und Probleme in den Familien keine Chance auf einen Schulabschluss oder einen Ausbildungsplatz. Durch das enorme Engagement der Lehrkräfte, individuelle Betreuung der Teilnehmer in kleinen Gruppen erreichen in der Regel 80 Prozent alle Teilnehmer den Schulabschluss. Allerdings hat das

Reinhard Strehlke,  
SPD-Bundestagskandidat



Seminar seinen Preis. Mit fast 100.000 Euro wird es überwiegend durch die EU finanziert. Man sieht, wenn die Bedingungen stimmen, stellt sich der Erfolg auch ein. Würde man die Gelder für berufsvorbereitende Maßnahmen, die die Bundesagentur für Arbeit über Beitragsmittel und Steuergelder finanziert, gleich den Schulen zur Verfügung stellen, könnte man vermutlich viel Zeit, aber auch Geld bei anderen Institutionen (Jugendamt/Suchtberatung u. ä.) sparen. Auch in Lindau wird mit erheblichen finanziellen Aufwand aus „anderen Töpfen“ Bildungsreparatur betrieben. Man sieht also, Geld ist da, es muss nur anders gesteuert werden.

**Roter Stichling: Haben Sie noch ein Beispiel?**

Reinhard Strehlke: Heute sind rund zwei Prozent der Rentner auf zusätzliche Zahlung durch die Grundsicherungsstelle angewiesen. Das werden in Zukunft weit mehr sein, wenn diejenigen in Rente gehen, die langfristig arbeitslos waren, nur Teilzeit gearbeitet haben oder als Geringverdiener beschäftigt waren. Sie alle werden gar nicht unter die „Rentengarantie“ der Rentenversicherung fallen, sondern auf Aufstockung durch die Grundsicherung angewiesen sein. Diese wird aber momentan von den Landkreisen und nicht über die Rentenversicherung finanziert. Hier muss dafür gesorgt werden, dass der Bund auch die Kosten für die Grundsicherung übernimmt, um den Landkreisen vor Ort die Luft zum Investieren zu lassen. Da beides ja letztendlich vom Steuerzahler/ Beitragszahler finanziert wird, müsste in diesem Bereich eine Änderung möglich sein.

### Roter Stichling: Was ist Ihre Botschaft an die Wählerinnen und Wähler?

Reinhard Strehlke: Ich möchte nicht verschweigen, dass es bei der Vielzahl der Probleme, die es zu lösen gilt, für einen einzelnen Abgeordneten oder Kandidaten unmöglich ist, in allen Details bis ins Kleinste informiert zu sein. Um mir eine eigene Meinung zu bilden, bin ich auf Informationen von Insidern angewiesen. Gern bin ich bereit, auch von Ihnen zu lernen. Nehmen Sie Kontakt mit mir auf oder besuchen Sie mich bei meinen Veranstaltungen.

### Roter Stichling: Welche Punkte im Wahlprogramm der SPD sind für Sie besonders wichtig?

Reinhard Strehlke: Wir wollen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes. Schwarz-Gelb will weiter Dumpinglöhne akzeptieren, von denen man nicht leben kann.

Wir wollen weiterhin den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2020. Die Pannen-Atommeiler kommen jetzt als erste dran. Schwarz-Gelb will Atomstrom und Atommüll ohne Ende.

Wir wollen die Abschaffung der Studiengebühren. Schwarz-Gelb will weiterhin, dass Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Wir wollen geringe und mittlere Einkommen von Steuern entlasten und dies mit einer Börsenumsatzsteuer und höheren Steuern auf die ganz hohen Einkommen gegenfinanzieren. Schwarz-Gelb verspricht weniger Steuern vor allem für die besser Verdienenden ohne Gegenfinanzierung. Das führt zu noch höherer Staatsverschuldung.

Wir wollen, dass die Großunternehmen die Gehälter ihrer Manager in Millionenhöhe nicht einfach von der Steuer absetzen können. Schwarz-Gelb will, dass es genauso weitergeht wie bisher.

Wir haben verstanden, dass die Privatisierung von Post und Bahn nicht zu verbessertem Service geführt hat. Wir werden nicht mit der Deutschen Bahn an die Börse gehen. Schwarz-Gelb will sogar die Versorgung der Bürger mit Trinkwasser großen Privatfirmen überlassen.

Sie werden sich entscheiden müssen. Bitte machen Sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Natürlich bitte ich Sie um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen.

Sie finden die Termine von Reinhard Strehlke im Internet unter [www.reinhard-strehlke.de](http://www.reinhard-strehlke.de). Persönlich kontaktieren können Sie Herrn Strehlke auch per Mail ([StrehlkeBerlin@aol.com](mailto:StrehlkeBerlin@aol.com)) oder per Telefon (08325/246011).

(Fortsetzung des Artikels von Seite 5)

Da drängen sich zwei Fragen förmlich auf: Mit wem haben Seidl & Co. denn bis dato überhaupt gesprochen? Und warum wurde die besagte Fördergeldquelle, nämlich die „Richtlinie zur Förderung von Fremdenverkehrseinrichtungen öffentlicher Körperschaften (RÖFE)“ vom Dezember 1998 (!) in Lindau erst zehn Jahre nach ihrer Veröffentlichung entdeckt – von denen immerhin gut neun Jahre in die Amtszeit von Frau Seidl fallen!?

Nun noch ein Wort zur Positionierung des sogenannten „bürgerlichen Lagers“, namentlich der CSU, die in der gesamten Angelegenheit mehr als dubios agierte.

Wir erinnern uns. In gewohnt vollmundiger Art hieß es noch im Juli 2007: „Am Lindauer Hafen soll ein architektonisches Meisterwerk wie die Oper aus Sydney viele Tagungsgäste nach Lindau locken. So hofft es die Mehrheit des Lindauer Stadtrates.“ (LZ vom 19.07.2007). Die dafür mindestens benötigten 50 Millionen Euro hinderten keinesfalls am Bau solcher Luftschlösser.

Hatte man damals sogar noch zusätzlich Geld für teure Gutachten bewilligt, kam im März 2009 urplötzlich die 180-Grad-Kehrtwende. Als Pro-Lindau-Chef Schmid vorrechnete, dass Sanierungskosten von zehn Millionen das absolute Minimum seien, war für die CSU bei unsinnigen fünf Millionen Schluss. Zwang zur Sparsamkeit lautete die Begründung. Der wahre Grund dürfte jedem spätestens nach Darlegung der „heimlichen CSU-Strategie“ im ebenso offenen wie dreisten Geständnis von CSU-Stadtrat Hummler klar geworden sein. Dieser bekannte in der LZ vom 16.07.2009 ganz freimütig, „dass die CSU vor drei Monaten noch widerwillig einer notdürftigen Instandsetzung der Inselhalle zugestimmt habe, um in zehn Jahren doch am Bahnhof eine neue Halle zu bauen“. Man könnte diese Absicht auch als „Geldvernichtung mit Vorsatz“ bezeichnen!

Und kaum lagen endlich vernünftige und realistische Zahlen auf dem Tisch, hielten der alte CSU-Größenwahn und die CSU-eigene Logik erneut Einzug. Mögliche Kostensteigerungen? Für die Christlich-Sozialen offenbar nur Peanuts! „Wenn es dann 20 Millionen werden, und wir bleiben auf zehn Millionen hängen, dann kann ich auch damit leben.“ tat CSU-Stadtrat Rösler in der LZ vom 16.07.2009 kund. Auch Rösler gehörte zu denen, die noch vor Monaten so sehr sparen wollten!

Dass Hummler und Rösler dabei möglicherweise nur aussprachen, was auch andere CSU-Stadträte dachten, hinterlässt nicht allein in der besagten Sache einen bitteren Beigeschmack. Es stimmt vor allem nachdenklich und wirft die bange Frage auf, wann und wo die Volksvertreter der CSU denn künftig ihre recht eigenwillige Form von Bürgernähe demonstrieren werden.

Quadratur des Kreises? Vielleicht besteht die „unlösba-re Aufgabe“ für Frau Seidl ja darin, mit ihrer Mehrheit im Stadtrat vernünftige, glaubwürdige und nachhaltige Politik zu machen. Wir von der SPD wünschen ihr jedenfalls bei der Lösung dieses Problems viel Erfolg!

# CSU – Anwalt der Steuerbürger?

Von Helmut Kees

Zum wiederholten Mal hat sich Wirtschaftsminister zu Guttenberg bei großen Unternehmen, die in finanziellen Schwierigkeiten sind (Opel, Arcandor, Quelle etc.), öffentlich als „Schutzpatron“ der Steuerzahler ausgegeben und für eine Insolvenz ausgesprochen.

Auffällig dabei ist, dass er, soweit es bayerische Unternehmen betraf, zurückgepiffen wurde. Insoweit geht die Solidarität der bayerischen Staatsregierung nicht über die Grenzen des Freistaates hinaus. Die CSU übt sich im Bund als Wahrer der Interessen der Steuerzahler, während sie in Bayern den Anwalt der Beschäftigten spielt.

Ganz im Gegensatz dazu spielen im Niedriglohnbereich die Interessen der Steuerzahler offenbar keine Rolle. Wer von seinem Hungerlohn nicht leben kann, dem rät die CSU, er solle sich den Rest aus der Sozialkasse holen. Gleichzeitig beklagt sie aber die steigenden Sozialkosten. Sollte es zu einer schwarz-gelben Regierung kommen, ist

heute schon abzusehen, dass bei den Schwächsten, also im Sozialetat, gespart wird.

Kein Anwalt der ehrlichen Steuerzahler ist die CDU/CSU auch beim Kampf gegen Steuerhinterziehung. Schätzungsweise 100 Milliarden Euro werden pro Jahr am Fiskus vorbei geschleust. Wiederholt wurden Gesetzesentwürfe der SPD torpediert, hinausgezögert und verwässert. Auch gab es in der Sache wenig Rückhalt für Finanzminister Steinbrück, vielmehr wurden von der Union der Stil und die Form seines Auftretens gegenüber der Schweiz kritisiert.

Steuerflucht der Großverdiener schadet aber nicht nur dem Gemeinwesen, es schadet auch dem Mittelstand und untergräbt die Steuermoral aller Steuerzahler. Es ist also höchste Zeit, dass Steueroasen weltweit ausgetrocknet und – wie in den USA – große Steuerhinterziehung konsequent bestraft wird.

## Fundsachen

Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl präsentieren wir Ihnen in dieser Ausgabe des Roten Stichling ausgewählte Fundsachen aus der sozialdemokratischen Monatszeitung VORWÄRTS.

### Wundergläubig

Die CSU verfügt über eine Fähigkeit, die in der katholischen Kirche nur einigen Heiligen zugeschrieben wird: Die Bilokation, das ist die Gabe, an zwei Orten gleichzeitig zu sein. Während Wirtschaftsminister zu Guttenberg Staatshilfen für Karstadt ablehnt, gibt CSU-Chef Seehofer den Herz-Jesu-Marxisten und will mit Staatsgeld den Konzern retten. Die Partei fordert Steuersenkungen von geschätzt 23 Milliarden Euro, gleichzeitig verspricht Seehofer mehr Studienplätze, Lehrer, Kinderbetreuung und Haushaltskonsolidierung. – Da hilft nur ein Wunder!

### Volle Fahrt zurück

Nach dem Platzen der Immobilienblase, dem Absturz der Finanzmärkte und den milliardenschweren Rettungsaktionen für Finanzjongleure wie die Münchner Hypo Real Estate zu Lasten der Steuerzahler schien es, als habe man gelernt: Der ungezügelte Kapitalismus muss gebändigt, die Abzocke begrenzt werden. Schien so! Wenige Monate später machte Angela Merkel in „BILD“ klar, wohin die Reise bei ihrer schwarz/gelben Koalition gehen soll: Zurück! „...wir (werden) nach der Krise wieder zur Normalität, zu unserem alten Kurs zurückkehren. Ich sage: Je schneller, um so besser.“ Union und FDP – das Bordorchester der TITANIC!

### Wüstensohn

Nicht nur der ehemalige Post-Chef Klaus Zumwinkel, auch viele weitere Steuersünder hatten Millionen in Steueroasen wie Liechtenstein verbracht. Selbst die CDU-Kanzlerin prangerte die Steuerhinterzieher an. Ihren Wunschpartner nach der Wahl ließ das kalt. FDP Chef Westerwelle machte sich für seine steuerflüchtige Klientel stark; „Nicht die Oasen sind das Problem, sondern die Wüste drum herum.“ – Aber nur, wenn man die Wähler für Kamele hält!

## Die SPD will ...

- gerade in schwieriger Zeit eine Politik, die sozial und demokratisch geprägt ist;
- eine Politik, die die Lasten der Krise fair und angemessen verteilt;
- eine Politik, die Menschenwürde auch im Arbeitsleben ernst nimmt und durchsetzt;
- eine Politik, die Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf gute Bildung sichert;
- eine Politik, die Frauen die gleichen Rechte und Chancen wie Männern garantiert;
- eine Politik, die aus der Atomkraft aussteigen will und erneuerbare Energien engagiert fördert;
- eine Politik, die auf den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität basiert;
- den sozialdemokratischen Bundeskanzler Frank-Walter Steinmeier.